

# Burkart und Jauslin: Schlagabtausch der Freisinnigen

**Neuer Finanzausgleich** Zwei FDP-Nationalräte geraten sich ob eines Artikels von Kurt Schmid in die Haare.

VON MATHIAS KÜNG

In der Gewerbezeitung hat der Präsident des Aargauischen Gewerbeverbandes (AGV), Kurt Schmid, aufgerufen, das Referendum gegen den neuen Aufgaben- und den neuen Finanzausgleich zu unterstützen. Seine Argumentation führte zu einer heftigen Kontroverse mit FDP-Präsident Matthias Jauslin. Schmid's Artikel sei gespickt mit Unwahrheiten, wurde Jauslin gestern in der az zitiert.

Diesen Vorwurf kann FDP-Nationalratskollege Thierry Burkart nicht stehen lassen. Burkart ist Vorstandsmitglied und politischer Berater des AGV. Er weist Jauslin's Vorwurf, Schmid's Artikel sei gespickt mit Unwahrheiten, «als nachweislich falsch und daher unzulässig zurück».

Der Steuerfussabtausch zwischen Gemeinden und Kanton beinhaltet eine Steuererhöhung des Kantons um 3 Prozent «und eine nichtverpflichtende Steuersenkung der Gemeinden», argumentiert Burkart. Dass die Gemeinden gegenüber den Stimmbürgern deklarieren müssen, wenn sie ihren Steuerfuss nicht um 3 Prozentpunkte senken, habe Kurt Schmid in seinem Artikel geschrieben. Burkart: «Der Aargauische Gewerbeverband ist der Auffassung, dass viele Gemeinden die Gunst der Stunde nutzen werden, um den Steuerfuss nicht oder nicht um 3 Prozentpunkte zu senken und damit die Gesamtsteuerbelastung höher sein wird (kalte Steuererhöhung)». Gerade der Gemeinderat von Wohlen, die Wohngemeinde von Matthias Jauslin, mache in seiner Finanzplanung keine Anstalten, die Steuern zu senken: «Auch wenn man anderer Meinung ist, unwahr ist die Aussage von Kurt Schmid sicher nicht.»

Wenn zugunsten der Gemeinden dem Kanton zusätzliche Aufgaben von 40 Millionen Franken angelastet werden, handle es sich aus dessen Sicht um entsprechende Zusatzkosten. Kurt Schmid habe nichts anderes geschrieben. Auch hier ziele der Vorwurf der Unwahrheit ins Leere. Abgesehen vom Steuerfussabtausch von 3 Prozent sehe die Vorlage

nun mal einen Steuerzuschlag für natürliche Personen von bis 2 Prozent vor, für die juristischen Personen könne man bis 8 Prozent gehen. Genau das habe Schmid geschrieben. Burkart: «Das stimmt doch genau.» Man könne zu einer Vorlage unterschiedlicher Meinung sein. Den politischen Gegner aber deswegen der Lüge («Unwahrheiten») zu bezichtigen, «ist nicht redlich», so Burkart. Er fordert «etwas mehr Gelassenheit im Umgang mit dem politischen Gegner».

**Jauslin: Es ist eine Frechheit**

FDP-Präsident Matthias Jauslin, der noch als Grossrat die für den neuen Finanzausgleich zuständige Kommission präsidierte, versteht die Kritik nicht. Jauslin: «Der Titel von Kurt Schmid's Artikel

lautet: «Neuer Finanzausgleich führt zu Steuererhöhung». Das stimmt schlicht nicht. Ich schliesse nicht aus, dass einzelne Gemeinderäte die 3 Prozent aus dem Steuerfussabtausch mit dem Kanton nicht weitergeben möchten. Diese Gemeinden müssen dann aber klar eine Erhöhung beantragen. Und am Schluss entscheidet der Souverän. Eine kalte Steuererhöhung gibt es gar nicht. Ich bleibe dabei: Das Stimmvolk quasi als unmündig darzustellen, ist eine Frechheit!»



**«Den politischen Gegner deswegen der Lüge zu bezichtigen, ist nicht redlich.»**

Thierry Burkart FDP-Nationalrat, Berater AGV



**«Ich bleibe dabei: Stimmvolk quasi als unmündig darzustellen, ist eine Frechheit!»**

Matthias Jauslin FDP-Nationalrat, Mitglied AGV

Er sei mit seinem KMU seit über 20 Jahren Mitglied des Gewerbeverbandes, fühle sich beim Finanzausgleich aber durch ihn nicht vertreten. Den Vorwurf, er gehöre als ehemaliger Gemeinderat von Wohlen halt zu den Profitieren des neuen Finanzausgleichs, lässt er nicht gelten: «Gemeinden wie Neuenhof, Reinach, Aarburg, Suhr und andere tragen grosse Soziallasten, die heute in keiner Weise ausgeglichen werden. Ist das fair? Es ist richtig, dass neu jetzt auch die Soziallasten berücksichtigt werden. Das hat mit Profitieren nichts zu tun.»

Zu den Steuerzuschlägen, die bei natürlichen und juristischen Personen zu Gunsten des Finanzausgleichs erhoben werden können, betont Jauslin, dass die Steuerleistungen von Firmen zugunsten von Gemeinden nur rund die Hälfte gegenüber natürlichen Personen beträgt. «Das gleicht sich zugunsten der juristischen Personen aus. Zudem ist der maximale Zuschlag für Firmen im neuen Finanzausgleich sogar tiefer als heute.» Die FDP-Fraktion habe der Vorlage «aus guten Gründen geschlossen zugestimmt, ebenso wie eine grosse Mehrheit des Grossen Rates».

NEUER FINANZAUSGLEICH

## Wer gewinnt, wer verliert?

Der heutige Finanzausgleich ist intransparent und nicht mehr an die heutigen Verhältnisse angepasst. Deshalb hat die Regierung einen neuen ausgearbeitet und ihn mit Gemeinden, Parteien und Verbänden diskutiert. Am 1. März wurde er im Grossen Rat gutgeheissen. Das Gesetz zur Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden wurde mit 96 gegen 32 Stimmen gutgeheissen, der neue Finanzausgleich selbst mit 96:30. Die Nein-Stimmen stammten von SVP (30 bzw. 28), von EDU (je 1) und EVP (je 1). FDP, CVP, BDP, GLP, SP und Grüne stimmten geschlossen zu, die EVP grossmehrheitlich, die EDU lieferte 1 Ja. Ja sagte auch eine SVP-Minderheit.

Insgesamt entlastet werden gerade Agglomerationsgemeinden und regionale Zentren wie zum Beispiel Wohlen, Reinach, Spreitenbach, Neuenhof, Oftringen, Aarburg, Suhr. Belastet werden kleine Gemeinden wie Attelwil, Baldingen, Schmiedrued, Birr, Mettauertal, Wiliberg, Rümikon, Oeschgen, Kirchleerau, Mellikon, Böbikon. Für die Städte ändert finanziell kaum etwas. Nach Berechnungen des Kantons trifft Letzteres für rund 50 Prozent der Bevölkerung zu, 30 Prozent werden besser, 20 Prozent schlechter gestellt. Derzeit sammelt ein Komitee einiger Gemeinden, die schlechter gestellt werden, Unterschriften für ein Referendum, das vom Gewerbeverband unterstützt wird. (MKU)

Serafettin Karadeniz, Präsident des islamischen Kulturvereins Rheinfelden, in der Moschee, wo seit zweieinhalb Jahren ein Imam aus der Türkei predigt.

MARIO HELLER



# Keine radikalen Positionen: CVP will Imam-Vereinbarung

Ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat: Das verlangt CVP-Aargau-Präsidentin Marianne Binder von Imamen. Zudem sollen muslimische Vereine haftbar gemacht werden, wenn sich bei ihnen Menschen radikalieren.



**«Man muss wissen, wo ein Prediger ausgebildet wurde, welche Ansichten er vertritt, wer seinen Lohn bezahlt und ihm allenfalls Vorgaben macht, was er zu predigen hat.»**

Marianne Binder Grossrätin und Präsidentin der CVP Aargau

dern auch ein Anliegen von muslimischen Eltern, «die ja am meisten betroffen sind von der Radikalisierung ihrer Kinder».

**Islam als Landeskirche - ja, aber**

Sie hält grundsätzlich fest: «Die muslimischen Verbände spielen eine Schlüsselrolle bei der Klärung der Unsicherheiten im Dienste aller, im Speziellen auch der Musliminnen und Muslime in der Schweiz.» Die Forderung, den Islam zur Landeskirche zu machen, werde von muslimischen Verbänden immer wieder erhoben, um die Sache zu entschärfen, sagt Binder. «Doch dazu bräuchte es eine Definition, was der Islam denn ist und das ist wohl noch ein weiter Weg.» Derart radikale Positionen, wie sie der IS vertritt, oder die Zustände, wie sie in Saudi-Arabien herrschen, wären unter dem Mantel einer Landeskirche für sie komplett inakzeptabel. Binder verlangt stattdessen ein klares Bekenntnis: «Wenn man von den vielen muslimischen Verbänden einmal die Aussage hören würde, der wahre Islam sei derjenige, der mit dem modernen Rechtsstaat kompatibel sei, so wäre das doch einmal eine klare Ansage.»

Dies müsste für die CVP-Präsidentin mit der zwingenden Ausbildung von Imamen in der Schweiz einhergehen, die immer wieder gewünscht werde. Dies nach klaren rechtsstaatlichen Grundsätzen und unter staatlicher Kontrolle. Tatsächlich sagt Serafettin Karadeniz, Präsident des islamischen Kulturvereins Rheinfelden: «Es ist schade, dass hier keine Imame ausgebildet werden.» Heute gebe es knapp eine halbe Million Muslime in der Schweiz, da wäre es aus seiner Sicht höchste Zeit, dass eine solche Ausbildung geschaffen wird. «Davon würden die muslimischen Vereine und die Schweiz profitieren», sagt Karadeniz.

VON FABIAN HÄGLER

«Man muss wissen, wo ein Prediger ausgebildet wurde, welche Ansichten er vertritt, wer seinen Lohn bezahlt und ihm allenfalls Vorgaben macht, was er zu predigen hat», sagt Marianne Binder. Bereits vor zehn Jahren habe die CVP Schweiz in einem Positionspapier eine bessere Kontrolle der islamischen Prediger verlangt. Nun wird Binder im Aargau aktiv: «Wir werden in unserem Vorstoss im Grossen Rat auch diesbezüglich mehr Transparenz und verbindliche Regeln verlangen.» Sie sei klar der Meinung, dass muslimische Vereine mehr Verantwortung für Prediger übernehmen müssten, die sie bei sich auftreten lassen.

**Muslim-Vereine in der Pflicht**

«Wenn man von Verantwortung spricht, muss man sich auch die Frage der Haftbarkeit überlegen, wenn Vereine zulassen, dass Menschen durch einen Imam in ihrer Moschee radikalisiert werden.» Binder stellt eine klare Forderung auf: «Imame müssen sich bei ihren Predigten in den Aargauer Moscheen unbedingt und ohne Ausnahmen an die Grundsätze unseres Rechtsstaates halten und sich verbindlich dazu verpflichten.»

Dazu gehöre auch, dass sie eine Landessprache sprechen und eine Vereinbarung unterschreiben würden, keine radikalen Positionen zu vertreten. Sie hält fest, dies seien nicht nur Forderungen der CVP, son-



Wie sollen Imame kontrolliert werden? Diskutieren Sie mit auf [www.aargauerzeitung.ch](http://www.aargauerzeitung.ch)